

Christoph Meyer:

In Sachsen Demokratie

Roßweiner Antrittsvorlesung am 19.3.2013

(Unkorrigierte Vortragsfassung)

„Politik ist das Regeln der Dinge, die alle angehen.“ (Herbert Wehner)

Inhaltsverzeichnis

1	Vorbemerkungen	3
2	Sächsische Demokratie	4
2.1	Vordemokratische Tradition, Technokratie, Bürokratie	4
2.2	Fünf Demokratieschübe	6
2.2.1	Bürgerlich-liberale Demokratie	7
2.2.2	Die demokratische ArbeiterInnenbewegung	8
2.2.3	Reeducation	8
2.2.4	Demokratische Bewegungen in Westdeutschland	10
2.2.5	Die friedliche Revolution im Osten	11
3	Soziale Arbeit und Demokratie	12
3.1	Soziale Arbeit und demokratische Politik	13
3.2	Die Ermächtigung der Adressaten	15
3.3	Die Stärkung der Profession	17
4	Quellen und Literatur	18

1 Vorbemerkungen

„Politik ist das Regeln der Dinge, die alle angehen.“

Zitate von bekannten Persönlichkeiten in Reden und Vorträgen – in Rhetorikseminaren heißt es: Das gehört zum Typus der Plausibilitätsargumentation. Nicht unbedingt seriös. Wenn jemand mit Zitaten von Autoritäten daherkommt: Hellhörig werden – es könnte sein, da will jemand rationale Schwäche vertuschen, gar manipulieren.

Exkurs: An einer Fakultät Soziale Arbeit ist Herbert Wehner möglicherweise gar keine Autorität. Zu Festvorträgen würden hier eher Zitate passen von Persönlichkeiten wie Alice Salomon oder Mary Richmond. Greta Wehner¹ auch. Sie wäre sicher heute hier, wenn ihr Alter und ihr Gesundheitszustand es zugelassen hätten. Wenn es um Politik, Demokratie geht, ist Herbert Wehner – siehe dazu meine Biografie! – schon eine Autorität. Allerdings wohl eher nicht in seinem Heimatland Sachsen. Nur wenige in der jüngeren Generation dürften überhaupt mit dem Namen etwas anfangen können (eine Erfahrung, die ich gelegentlich auch schon hier in meinen Lehrveranstaltungen machen durfte) – im Lehrplan sächsischer Schulen kommt Wehner nicht vor. Dabei ist Herbert Wehner der bedeutendste demokratische Politiker, den Sachsen im 20. Jahrhundert hervorgebracht hat, ein gesamtdeutscher Jahrhundertpolitiker².

Aber zurück zum Zitat: „Politik ist das Regeln der Dinge, die alle angehen.“ Stimmt dieser Satz? Das ist ja eine Definition – und diese unterscheidet sich von Definitionen in Lexika, da steht z.B. „jede Methode des Vorgehens, um ein Ziel zu erreichen; speziell das am Machtwert ausgerichtete Handeln“ oder „die Gestaltung des Gemeinwesens durch leitende, richtungbestimmende Aktivität und das Bestreben, auf diese Einfluß zu nehmen“³. Im Vergleich fällt an diesen Setzungen auf: Begriffe wie „Ziel erreichen“, „Machtwert“, „Leiten“, „Richtung bestimmen“ – das funktioniert vertikal, dahinter steht das Bild von Herrschaftsapparaten, von oben nach unten regierend („Beraten, Leiten, Steuern“). Wehners Begriff ist da offener, er passt besser zu einer Demokratie: Es geht alle an, es muss „geregelt“ werden, und Fragen wie die nach der „Leitung“ oder wer die Macht hat und die Richtung bestimmt, sind zunächst sekundär, abgeleitet.

Offen bleibt auch, was es ist, das „alle angeht“. Das muss sich eben nicht auf staatliche Apparate und ihr Tun und Lassen, aufs Regieren und Verwalten beschränken. Es geht weit darüber hinaus. Jedenfalls, wenn es um „angehen“ geht im Sinne von Betroffen sein, durch die politischen und gesellschaftlichen Dinge in den eigenen Lebensumständen,

¹ Greta Wehner wird – zu Recht – in der Wikipedia-Kategorie „Person der Sozialen Arbeit“ aufgelistet (vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Kategorie:Person_der_Sozialen_Arbeit, verfügbar am 7.3.2013) – zu Greta Wehners Leben vgl. Wehner 2004.

² Vgl. grundlegend: Meyer 2006.

³ Herder Lexikon Politik 1988, S. 163f.

Gestaltungsräumen berührt werden. Ich kann auch sagen: „Das geht mich nichts an.“ Das tun viele Menschen: Sie blenden gesellschaftliche und politische Fragen für sich persönlich aus. „Soll der Kindergarten nebenan geschlossen werden oder nicht?“ – ach, ich habe keine Kinder und ach: Da habe ich ohnehin keinen Einfluss. Dann werden eben andere diese Dinge regeln – oder auch nicht. Es gibt auch: „Das ist privat. Das geht die anderen nichts an.“ – mein Haus, mein Garten, mein Auto, mein Eigentum – mein Kind. Freiheit und Selbstbestimmung, das ist auch gerechtfertigt. Bis zu einer Grenze: wo Menschen zu Schaden kommen, wo das gemeinsame Wohl aller geschädigt wird. Das steht so auch im Grundgesetz, Artikel 14 gewährleistet das Eigentum. In Absatz 2 steht aber: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Wo die Grenze ist, wo ein Staat, eine Gesellschaft eingreifen soll, darf, kann – und wenn ja: wie, ist strittig. Um diese Fragen geht es in vielen Seminaren an unserer Fakultät, zum Beispiel beim Thema „Soziale Gerechtigkeit“. Hier möchte ich diese Frage nicht vertiefen. Vielmehr soll es um die folgenden Fragen gehen:

Erstens: Was für eine Demokratie ist Sachsen?

Und zweitens: Warum soll die Soziale Arbeit hier sich um Demokratie bemühen?

2 Sächsische Demokratie

„Politik ist das Regeln der Dinge, die alle angehen.“ – Ja, aber Politik ist nicht gleich Demokratie. Es hat in der Geschichte andere Herrschaftssysteme gegeben, und diese leben fort, teils in Mentalitäten, teils in überkommenen Strukturen. Und es gibt Bereiche von Politik und Gesellschaft, die sich demokratischen Regelungen und Verfahrensweisen entziehen. Wo diese außer Kraft gesetzt werden oder gar nicht vorgesehen sind.

2.1 Vordemokratische Tradition, Technokratie, Bürokratie

Das konservative Demokratieverständnis – und dieses herrscht in Sachsen spätestens seit 1990 vor – geht davon aus, dass Demokratie sich auf Staat und Regierung im engeren Sinne bezieht. Und auch dort nur zeitweise stattfindet, nämlich bei den Wahlen. Das Volk bestimmt über die Wahl seine Vertreter, und damit mittelbar die Regierung. Und diese wird damit – auf Zeit – ermächtigt, zu handeln, begrenzt durch Recht, Gesetze und Vorschriften sowie gegebenenfalls allenfalls durch parlamentarische Beschlüsse. Ich erlaube mir hier zum zweiten Mal, Herbert Wehner zu zitieren, der – 1926 in Dresden, als junger Anarchist von 18 Jahren – schrieb: „Durch die Abgabe meiner Stimme verzichte ich darauf, während der Legislaturperiode mit zu bestimmen. Der Wähler legalisiert die Handlungen, die später gegen ihn unternommen werden.“⁴

⁴ Zit. Meyer 2006, S. 35.

Im konservativen Sinne ist Demokratie in erster Linie Staatsform, begrenzt auf Wahlen. Sie dient der Legitimation, der Rechtfertigung von Herrschaft über Menschen – sie ist also nur mittelbar die Herrschaft der Menschen, des Volkes selbst.

In den Kommunen werden nicht nur parlamentarische Vertretungen von der Bevölkerung gewählt, sondern auch die Bürgermeister und Landräte. Mehr Wahlen und Abstimmungen bedeuten aber nicht notwendigerweise mehr demokratische Mitbestimmung. Regierungen, Bürgermeister, Landräte haben eine starke Stellung gegenüber den Vertreterinnen und Vertretern des Volks. Der Kreistag trifft sich einmal im Monat nach Feierabend – der Landrat arbeitet ständig, und er hat einen vergleichsweise großen hauptamtlichen Verwaltungsapparat, der ihm unterstellt ist und ihm zuarbeitet.

Ähnlich sind die Gewichte auf der Landesebene verteilt. Hier ist von Bedeutung, dass Konservative seit über zwei Jahrzehnten sowohl die Regierung als auch den Landtag dominieren. Ein selbstbewusstes Parlament will so nicht recht zustande kommen. Schließlich scheint die Mehrheit klar und sicher – und das Übergewicht der Regierung ist ohnehin ganz im konservativen Sinne. In Bayern wie in Sachsen beginnen Landtagsanträge – von der „Linken“ bis zur NPD – üblicherweise mit der unterwürfigen Formel „Die Staatsregierung wird ersucht...“ – als hätten diese Anträge, wenn sie denn beschlossen würden, keine bindende Wirkung. Eine hohe Autorität „ersuchen“ – das ist eindeutig ein Relikt aus vordemokratischer Zeit, das klingt nach Obrigkeitsstaat und Monarchie.

Die vordemokratischen Strukturen und Traditionen treffen sich mit den modernen postdemokratischen. Formal sind Gremien und Vertretungskörperschaften zwar intakt, aber in Wirklichkeit herrschen privilegierte Eliten vor, werden demokratische Prozesse ausgehöhlt durch die Macht von Lobbyisten, „Experten“, Vertreter von Interessengruppen⁵. Das funktioniert insbesondere dann gut, wenn die Macht in den Apparaten selbst stark in der Spitze konzentriert wird. Der Ministerpräsident, die Oberbürgermeisterin, auch: der Rektor der Universität im Rahmen des sogenannten „Hochschulfreiheitsgesetzes“ – von dieser Art „Top-Manager“ soll die Macht in den Apparaten ausgehen – und natürlich die „Innovation“. Ob dieses Denken wirklich innovativ ist, sei dahingestellt. In jedem Fall ist es technokratisch, nicht demokratisch.

Da nun aber ein Regierungschef oder eine Ministerin oder ein Oberbürgermeister zwar „Spitze“ sein mag, aber es keinesfalls schaffen wird, stets den Überblick über sämtliche Strukturen und Themen zu haben, ist die Folge: Vieles bleibt in den untergeordneten Apparaten hängen. Und wenn dort – da ja alles hierarchisch von oben nach unten aufgebaut ist – Personen tätig sind, welche nicht befähigt oder nicht ermächtigt sind, eigenverantwortlich zu handeln, werden diese sich – denn Vorsicht ist geboten! – eher passiv verhalten und auf formale Regelungen zurückziehen.

⁵ Vgl. Crouch 2004.

Damit haben wir – nach den vordemokratischen Herrschaftstraditionen und dem technokratischen Managementmodernismus – den dritten Zug der sächsischen Demokratie⁶: die ohnmächtig-allmächtige Bürokratie, welche Experimentierfreudigkeit, Selbstorganisation, neue Ideen aus der Mitte der Gesellschaft heraus, soziale und zivilgesellschaftliche Anliegen und Initiativen eher behindert als befördert. Wer hier schon einmal einen Förderantrag gestellt hat, weiß was ich meine.

2.2 Fünf Demokratieschübe

Was ich hier beschrieben habe, ist zu relativieren. Es handelt sich um eine Tendenz, die ich sehe, um die Richtung, in welche Politik (nicht nur) in Sachsen im Großen und Ganzen geht. Diese Richtung ist nicht unwidersprochen und längst nicht überall durchgesetzt. Es gibt in Sachsen Opposition, es gibt Organisationen und Menschen, die sich selbstbewusst zivilgesellschaftlich betätigen, ob in politischen Parteien, Gewerkschaften, Vereinen und Initiativen, anhand von Themen, gegen Rechtsextremismus, für sozialen Ausgleich und Solidarität, gegen Umweltzerstörung, für mehr und bessere Bildung. Es gibt auch im politischen System und in den Apparaten Elemente einer (im Gegensatz zur konservativen) partizipatorischen Demokratie. Gremien der Mitbestimmung, Beiräte, Volksbegehren, Volksentscheide und anderes

Die Demokratie ist in Sachsen nicht einfach nur Herrschaftsform, sie trägt wie überall Elemente eines anderen Konzeptes in sich: von Demokratie als Lebensform⁷. Das ist erstens der Gedanke des alten Liberalismus des 19. Jahrhunderts von bürgerlicher Selbstorganisation und Partizipation in Vereinen auf kommunaler Ebene aber auch darüber hinaus, zweitens die Idee der alten Arbeiterbewegung von Mitbestimmung und Demokratie in den Betrieben und überall in der Gesellschaft, und es ist drittens der Gedanke der (westlichen) Besatzungsmächte nach 1945 von Re-Education und Bildung der Deutschen zu verantwortungsbewussten Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die nicht wie zur Nazi-Zeit wegsehen oder gar mitmachen, wenn ihre Nachbarn Opfer von staatlicher Willkür und Terror werden. Demokratie als Lebensform, die Demokratisierung der Gesellschaft wurde viertens in Westdeutschland verstärkt eingefordert von den Bewegungen der Studierenden, der Jugend und in den neuen sozialen Bewegungen (1968) – und dies fand seine Entsprechung in sozialdemokratischer Regierungspolitik von 1966 bis 1982. Fünftens, hier in Ostdeutschland: Die Demokratiebewegung von 1989, die mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ eine Demokratisierung von Staat und Gesellschaft anstrebte. All diese demokratischen Schübe, Bewegungen und ihre Ergebnisse schafften die Voraussetzung dafür, dass die

⁶ Ich hatte gedacht, dieser Begriff stamme von mir, aber jetzt entdecke ich, dass der selbstherrlich regierende Anklamer Bürgermeister Michael Galander sich selbst schon mindestens seit 2010 als Anhänger der „Demokratatur“ bezeichnet – vgl. Blasberg 2010.

⁷ Zur Unterscheidung von Demokratie als Regierungsform und Demokratie als Herrschaftsform vgl. auch Richter 2011, S. 230f.

Auseinandersetzung um die Demokratie in unserer Gesellschaft, der Streit zwischen konservativen und partizipatorischen Interessen bis heute nicht nachgelassen hat.

Warum aber ist „Demokratie als Lebensform“ hier in Sachsen relativ schwach? Warum wirken vordemokratische Traditionen, technokratische und bürokratische Verhaltensweisen und Strukturen hier stärker? Warum mischen große Teile der Bevölkerung sich nicht stärker ein in das „Regeln der Dinge, die alle angehen“, warum sind geschlossen rechtsextreme Weltbilder im Osten, in Sachsen so stark verbreitet⁸?

Ich werde das anhand der soeben genannten fünf Traditionslinien der partizipatorischen Demokratie in Deutschland erläutern⁹:

2.2.1 Bürgerlich-liberale Demokratie

Die bürgerlichen Liberalen und Demokraten prägten die Demokratie- und Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts. Ihre Organisation war nach den Befreiungskriegen der Verein, ihr Ausdruck eine zunehmende Publizistik sowie eine öffentliche, großteils oppositionelle Festkultur¹⁰. Nach der Reichsgründung von 1871 aber gewannen in deutschen Turner-, Sängler- und Schützenvereinen nationalistische, imperialistische und antisemitische Strömungen die Oberhand. In der Weimarer Republik schmolzen die Liberalen und Demokraten von einer staatstragenden Kraft zu kleinen Splittergruppen zusammen. Die Antidemokraten von rechts gewannen die Oberhand. Die letzten verbliebenen „bürgerlichen“ Parlamentarier stimmten 1933 mit den Nazis für das Ermächtigungsgesetz, für die Abschaffung der Demokratie. Anders als im Westen gelang den bürgerlichen Kräften in der DDR nicht das Wiederanknüpfen an ihre demokratisch-liberalen Wurzeln. Christdemokraten und Liberale wurden in den SED-Block eingeschmolzen, zwar an der Macht beteiligt, aber politisch entmündigt. Die Verankerung und Identität der heutigen CDU lässt sich geschichtlich auf drei Traditionslinien zurückverfolgen: Zum einen ihre Wurzeln in der ostdeutschen Demokratiebewegung 1989/90, zum zweiten ihre Verwurzelung in der Tradition der DDR-Blockpartei und zum dritten ihr Bezug auf die Traditionen der westdeutschen Union, über Biedenkopf bzw. Kohl bis hin zurück zu Adenauer. Zwei von drei dieser Traditionslinien sind solche der (teilweise antidemokratischen) staatlichen Herrschaft. Die CDU ist in Sachsen vor allem Staats- und Herrschaftspartei. Diese Traditionslinie politischer Machtausübung ist über die Regime hinweg ungebrochen.

⁸ Vgl. Borstel 2012, S. 249, Zit. ebd.; vgl. auch Decker/Weißmann/Kiess u.a. 2010, S. 96.

⁹ Diesen Linien bin ich bereits an anderer Stelle nachgegangen (vgl. Meyer 2011) – hier fasse ich es chronologisch und systematischer.

¹⁰ Vgl. als Überblick u.a. Düding/Friedemann/Münch 1988.

2.2.2 Die demokratische ArbeiterInnenbewegung

Die eigentliche demokratische Traditionslinie Sachsens ist die der demokratischen Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung. Von hier nahm die sozialdemokratische Bewegung ihren Ausgang, hier, im „roten Königreich“, erzielte sie ihre größten Erfolge. 58,8 Prozent schaffte die SPD bei der Reichstagswahl von 1903¹¹. Um so härter trafen sie die reaktionären Rückschläge des 20. Jahrhunderts. Ich spreche in dem Zusammenhang von der dreifachen Beschädigung der demokratischen Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung. Zuerst durch den Terror des Nazi-Regimes, anschließend durch die zwangsweise Einschmelzung in die kommunistische SED 1946 und schließlich durch die Diskreditierung alles «Roten» in den Jahren nach 1989. Die vierzig Jahre Kommunismus und seine Folgen haben die Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung mindestens so stark geschädigt wie die zwölf Jahre offener Naziterror. Sowohl die Gewerkschaften als auch die sächsische SPD haben sich davon bis heute nicht erholt.

2.2.3 Reeducation

Die Alliierten vereinbarten bei Kriegsende als ihr gemeinsames Ziel: die Entnazifizierung Deutschlands. In der Besatzungszeit wurden zunächst erhebliche Anstrengungen unternommen, von den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen bis zu den Entnazifizierungsbögen für Verantwortungsträger in Westdeutschland. Im Westen endete die „Reeducation“ jedoch im Wesentlichen mit der Gründung der Bundesrepublik und deren Münden in eine eher restaurative Periode. Es wurden jedoch eine Reihe von Institutionen der politischen Bildung geschaffen, unter anderem Jugendhöfe und Heimvolkshochschulen.

Im Osten setzten sich nach anfänglichen Ansätzen zu einem demokratischen Neuaufbau spätestens ab 1948 zunehmend spätstalinistische diktatorische Tendenzen durch. Schulische und außerschulische politische Bildung fanden in der DDR statt, aber nicht im Sinne einer offenen Befähigung zum demokratischen Mitwirken, sondern unter den ideologischen Vorgaben der Herrschenden. Wer sich den Anforderungen des Systems offen widersetzte, musste schlechtere Bildungschancen, berufliche Nachteile, Repression bis hin zu politischer Haft in Kauf nehmen. Kompromisse mit dem System zu schließen, gehörte zum Alltag; gegenüber den Oberen loyal zu erscheinen, erschien ratsam. Das System förderte und forderte über vierzig Jahre lang Anpassung. Vierzig Jahre lang waren es die SED-Kader, die bestimmten, wo's lang ging, und für diese gab es nur eine mögliche Entscheidung: dafür, Ja-Sagen zum vorbestimmten Kurs: «Sag mir, wo du stehst...». Gewählt wurden Einheitslisten. Die Auswahl der Kandidaten hatten die SED-Oberen selbst schon vorher getroffen. Selbstbestimmt leben war in der DDR möglich – für Nichtkommunisten aber nur außerhalb des Politischen, in den Nischen der Gesellschaft. Auf der einen Seite also Unterordnung und Anpassung, auf der anderen Seite der Rückzug ins Private. So ist die Tradition des

¹¹ Vgl. Rudolph 1995, S. 56.

Nichtverantwortlichseins ein Erbe der undemokratischen Kontinuitätlinie der DDR. Und diese wirkt fort.

Demokratie wird in Schulen nicht praktiziert; sie wird in den Nischen des Gemeinschaftskundeunterrichts gelehrt, und zwar oft, den Lebenserfahrungen der Lehrenden entsprechend, als Herrschaftsform und ohne ausreichenden Bezug zu den Lebenswelten der Schülerinnen und Schüler¹². Ein Beispiel unter vielen: Das Herbert-Wehner-Bildungswerk plante vor einigen Jahren – wie schon öfter - ein Seminar zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. An den Schulen und in der Öffentlichkeit wurde engagiert dafür geworben. Leider kamen daraufhin kaum Anmeldungen – aber ein Lehrer rief an und fragte, wo er eine Auflistung bekäme, welche rechtsextremen Symbole seinen Schülern zu tragen verboten sind und welche nicht. Es geht um formale Fragen, nicht um Inhalte.

Ohnehin ist zu fragen, ob die Vermittlung von Normen der Demokratie, die Einübung demokratischer Verhaltens- und Lebensweisen in der Schule am richtigen Platz ist. Schließlich ist die Schule selbst nicht demokratisch verfasst, der Schulbesuch ist nicht freiwillig, Wahlmöglichkeiten bei den Inhalten der Bildung sind begrenzt. Im Mittelpunkt steht das Trimmen auf Leistung, deren Messung mit Noten und dadurch die Selektion von Lebenschancen. Wenn Schule versucht, sich selbst in Teilen demokratisch zu organisieren, den Schülerinnen und Schülern Mitwirkungsrechte einzuräumen, dann steht dies in offenkundigem Widerspruch zu ihrer eigenen Struktur¹³. Auf Schule als Ort des Demokratie-Lernens allein ist aufgrund ihrer Fremdbestimmtheit kein Verlass.

Umso wichtiger ist es, Demokratie und demokratische Bildung in offenen Bereichen der Gesellschaft zu praktizieren und in von staatlicher Begrenzung möglichst unabhängigen Einrichtungen. Nach 1989 wurde vieles im Osten vom Westen übernommen, nur teilweise aber die dort nach 1945 aufgebaute Landschaft der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung mit ihren Jugendhöfen, Bildungsstätten, Heimvolkshochschulen und so weiter¹⁴. Die Vorstellung war wohl zunächst, dass demokratische politische Einstellungen sich hier von alleine entwickeln würde. Westliche Denkmuster wurden für den Osten als gegeben vorausgesetzt. Und als sich herausstellte, dass das nicht funktionierte, dass vielmehr rechtsextremes und antidemokratisches Gedankengut in einigen Regionen Wurzeln schlug, reagierte die Politik – und weitgehend tut sie das bis heute – mit begrenzter „Modellförderung“ von Projekten gegen Rechtsextremismus. Diese sind damit abhängig von ihren Geldgebern und müssen sich „ständig neu erfinden“, um in der nächsten Förderrunde

¹² Vgl. Melzer/Dümmler 2007, S. 67.

¹³ Vgl. dazu auch Leser 2011, insbes. S. 10-13.

¹⁴ Zur Auseinandersetzung um die freie Jugendarbeit vgl. z.B. Richter 2011, S. 228ff.

wiederum Mittel aus den zeitlich befristeten Töpfen zu erhalten¹⁵. Das ist prekarisierte Demokratieförderung.

2.2.4 Demokratische Bewegungen in Westdeutschland

Nach bürgerlicher Demokratie, Arbeiterbewegung und Alliierten kam es im Westen Deutschlands ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre zu einer vierten Phase demokratischer Bewegung, ausgehend von einer zunehmenden Unruhe in der jungen Generation. War die Demokratie der Alliierten noch von oben verordnet, gehorsam von den Deutschen angenommen aber eben in ihrem Innern nur unzureichend demokratisch ausgestaltet worden, so protestierte die junge Generation nun gegen die Verkrustungen – im übrigen nicht nur in Deutschland, sondern nahezu in der ganzen westlichen Welt.

Dazu passte die Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie, ab 1966 in der Großen Koalition, ab 1969 führend mit den Liberalen. Die Deutschen seien mit der Demokratie nicht am Ende, wir fangen gerade erst an, sagte Willy Brandt in seiner ersten Regierungserklärung. Die seitens der SPD seit den 50er Jahren vorbereitete und dann in der Regierung durchgesetzte Reformpolitik und die Reformforderungen der „neuen sozialen Bewegungen“ ergänzten einander – wenn auch in einem spannungsgeladenen und teils von gegenseitigem Unverständnis geprägten Verhältnis. Die Schülerbewegung, Studentenbewegung, Frauenbewegung, Umwelt- und Friedensbewegung machten Druck – und die Regierung mühte sich, so ein Wahlslogan, „das moderne Deutschland“ zu schaffen. Dazu gehörte nicht zuletzt der ernsthafte Einstieg in die Auseinandersetzung mit der nicht vergehenden deutschen Vergangenheit, mit den Verbrechen des Nationalsozialismus und dessen ungebrochenen Kontinuitäten bis hinein ins Adenauersche Kanzleramt.

In der aktuellen Publizistik gibt es zunehmend kritische Auseinandersetzungen mit „den 68ern“, es wird abgerechnet mit „Antisemitismus von links“, Terrorismus und totalitären Auswüchsen der linken Protestbewegung. Dieses bizarre Sektierertum hat es gegeben. Ungleich wichtiger aber als die elitär-avantgardistischen und schrillen selbsternannten intellektuellen Führungszirkel ist die breite populäre und tatsächlich demokratisierende Bewegung, welche nicht nur in Großdemonstrationen und spektakuläre Aktionen mündete, sondern eben vor allem in zahlreiche Bürgerinitiativen und selbstorganisierte Gruppen auf lokaler Ebene, bezogen auf soziale Zusammenhänge – eine Wiederbelebung, Modernisierung des bürgerlich-demokratischen wie auch des arbeiterlich-demokratischen Vereinsgedankens.

Im Osten fand ein anderer gesellschaftlicher Aufbruch statt. 1968, das waren der Prager Frühling in der Tschechoslowakei und seine Niederschlagung durch die Panzer des Warschauer Pakts. Damit verbunden war das Ende der Hoffnung auf einen demokratischen Sozialismus im Osten, auf eine Reformierbarkeit des Kommunismus von innen. Das Regime

¹⁵ Vgl. Borstel 2012, S. 249, Zit. ebd.

erstarrte zusehends. Allerdings kam es auch in der DDR zu einer Reihe von Reformen, etwa des § 218 oder der Gleichstellung der Frauen im Erwerbsleben, der Ausbau von Kindertagesstätten und ein (formal) durchlässiges Schulsystem. Aber all diese Verbesserungen wie die soziale Sicherheit der Vollbeschäftigung im „real existierenden Sozialismus“ waren nicht durch Protest von unten erkämpft worden, sondern von oben verordnet. Auch dies mag eine der Ursachen für die Schwäche des demokratischen Engagements in der heutigen Zeit sein.

Dabei ist von Westdeutschland aus gesehen Hochmut keineswegs angebracht. Der Demokratisierungsschub der Jahre nach 1966/68 ist weitgehend verebbt. In den bürgerschaftlichen Strukturen gibt es Nachwuchsprobleme. Daher wird es im Westen eher wohl so werden, wie es im Osten schon ist: Wenn die Aktiven der 60er bis 80er Jahre in Rente gehen, droht ein Rückgang des zivilgesellschaftlichen Engagements in Gesamtdeutschland.

2.2.5 Die friedliche Revolution im Osten

Einen ganz eigenen, spezifisch ostdeutschen und osteuropäischen demokratischen Schub gab fünftens die friedliche Revolution von 1989, welche zum Zusammenbruch der kommunistischen Diktatur führte. In der DDR protestierten immer größer werdende Teile der Bevölkerung, im Windschatten der Gorbatschow'schen Perestroika („Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen“), im Wissen um das Maß an Freiheit, welches im Westen möglich war – schließlich hatten „Außer Raum Dresden“ alle Westfernsehen – und auf der Grundlage der Zivilisierung des Ost-West-Konflikts durch die Entspannungspolitik der 1970er Jahre. Dabei wollten die meisten Protestierenden zunächst einen eigenen Weg gehen, nicht den Anschluss an den Westen, sondern die Demokratisierung der DDR erreichen. Ziel der friedlichen Revolutionäre und Revolutionärinnen war die Selbstermächtigung der Bevölkerung, die Durchsetzung tatsächlicher Demokratie als Voraussetzung für eine reformierte DDR.

Doch nach der Maueröffnung wurde schnell klar, dass die Anziehungskraft des Westens stärker war. Angesichts der wirtschaftlichen Krise in der DDR und des West-Ost-Wohlstandsgefälles entstand eine Sogwirkung der Bundesrepublik, die von CDU-Politikern wie Helmut Kohl geschickt im Sinne der Forderung nach einer Wiedervereinigung in Form des Anschlusses an den Westen und mit der Folge ihres Machterhalts genutzt wurde.

Der Dichter Volker Braun hat die Phasen des Untergangs der DDR, der „Wende der Wende“, anhand der berühmten Parolen der Zeit auf den Punkt gebracht:

„Wir sind das Volk.
Wir sind ein Volk.
Ich bin Volker.“

Am Schluss des Gedichts wird also privatisiert. Die Bürgerinnen- und Bürgerrechtsbewegung der DDR geriet ins Hintertreffen, die Kritikerinnen und Kritiker eines schnellen Vereinigungsprozesses verloren die Wahlen des Jahrs 1990, und viele der ehemaligen DDR-

Oppositionellen zogen sich enttäuscht davon, dass ihnen das Heft des Handelns aus der Hand genommen worden war, zurück.

Es folgte die Umstellung von Währung, Wirtschaft und politischem System und infolgedessen die Umwälzung nahezu aller Lebensverhältnisse. Dabei wurden längst nicht alle Hoffnungen erfüllt. Ein Vergleich der Einkommen und der Vermögen von Ost- bzw. Westdeutschen spricht Bände. Die westdeutschen Haushalte verfügen im Vergleich über mehr als das Dreifache, Tendenz steigend¹⁶. So erklärt sich der Frust und die Wut mancher Bewohnerinnen und Bewohner der neuen Bundesländer, denen Kohl 1990 „blühende Landschaften“ versprochen hat – und dass es niemandem schlechter gehen werde. Und so erklärt sich auch die oft pauschal zum Ausdruck gebrachte „Wessifeindlichkeit“ von Teilen der ostdeutschen Bevölkerung. Das Bild des „Westdeutschen“ ist vielfach das Bild des wohlhabenden Blenders und besserwisserischen Kolonisators. Wie ging ein verbreiteter Witz, der aber inzwischen an Aktualität eingebüßt hat: „Warum haben die Wessis 13 Schuljahre? – Das letzte Jahr ist Schauspielunterricht.“

Vorher, vor 1989, war eben «Friedenszeit». Es war nicht nur ein tränenüberströmter glücklicher Aufbruch damals, als die Mauer fiel; die friedliche Revolution war nicht zuletzt Folge und Teil eines gigantischen ökonomischen Zusammenbruchs, auf den Aufbruch folgte nicht nur ein Aufbau, sondern eben auch der Abbruch Ost, immerhin für ein Viertel der deutschen Bevölkerung die totale Neuorientierung. Viele vermissten im Nachhinein die Sicherheit, welche ihnen die DDR geboten hatte. Manche trauerten dem Vergangenen hinterher – die sogenannte „Ostalgie“. Analog dazu zu sehen ist die Wehmut, mit der so manche Westdeutsche Oppositionelle auf die Zeit vor der Wende zurückblicken, auf „ihre“ Bundesrepublik, in der sie es sich, Adenauer spät akzeptierend, durchaus gemütlich gemacht hatten.

Der fünfte demokratische Schub der deutschen Geschichte, die eigene ostdeutsche Revolution, hat aufgrund ihres schnellen Übergangs in den Anschluss an den Westen hier zwar nachhaltige Spuren hinterlassen, ist aber letztlich gerade im Hauptland der Revolution, in Sachsen, in eine konservativ dominierte Demokratie gemündet.

Die Geschichte der Sozialen Arbeit könnte nun ins Verhältnis zu den beschriebenen fünf demokratischen Schüben der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts gesetzt werden – ich glaube, eine solche Strukturierung wäre sinnvoll, auch mit Bezug auf die Region Sachsen. Aber hier und heute ist dafür kein Raum.

3 Soziale Arbeit und Demokratie

Warum soll die Disziplin Soziale Arbeit hier sich mit Demokratie auseinandersetzen?

¹⁶ Vgl. Frick/Grabka 2009, S. 56.

Zunächst einmal zurück zum Historischen: Die Weiterentwicklung der Sozialen Arbeit ist in der Geschichte Hand in Hand gegangen mit Prozessen der Demokratisierung. Und umgekehrt: Restaurative und reaktionäre Zeiten sind schlechte Zeiten für Soziale Arbeit. Präziser könnte es so gefasst werden: Entdemokratisierung geht einher mit einer Stärkung von repressiven, kontrollierenden Funktionen Sozialer Arbeit, während der Demokratisierung ein Ausbau von emanzipatorischen, die Adressatinnen und Adressaten ermächtigenden, ihnen bei der Bewältigung ihrer Lebensumstände helfenden Aufgabefeldern Sozialer Arbeit entspricht¹⁷.

Dass hier in Sachsen konservative Positionen vorherrschen, zeigt sich an der Lage der Sozialen Arbeit. So hieß es in einem 2009 hier an der Fakultät entstandenen Text zu zwanzig Jahren Professionalisierung der Sozialen Arbeit in Sachsen, dass die Produktion sozialer Dienstleistungen hier mit „erheblichen Mängeln“ verbunden ist, die sich „mit den drei Stichworten prekär, fragil und fragmentarisch auf den Punkt bringen lässt.“ Und weiter: „(...) der Anspruch und die Realisierung eines hoch qualifizierenden Studiums kollidiert mit einem Arbeitsmarkt, der Ansprüche permanent unterläuft und die Arbeitsbedingungen ständig reduziert.“¹⁸ Das war vor den Kürzungen im Sozialbereich infolge des sächsischen Doppelhaushalts für 2011 und 2012.

3.1 Soziale Arbeit und demokratische Politik

Die Weiterentwicklung der Demokratie hin zu mehr Partizipation, zu mehr demokratischem Leben in allen Gesellschaftsbereichen ist also erstens im Interesse der Profession der Sozialen Arbeit.

Zweitens ist sie im Interesse der Adressatinnen und Adressaten. Die Internationale Vereinigung der SozialarbeiterInnen hat im Jahr 2000 als Definition der Profession der Sozialen Arbeit beschlossen (hier in meiner Übersetzung):

„Die Profession der Sozialen Arbeit fördert den sozialen Wandel, Problemlösungen in menschlichen Beziehungen und dient der Ermächtigung und Befreiung von Menschen, um *gutes Leben* zu ermöglichen. Indem sie Theorien des menschlichen Verhaltens und sozialer Systeme nutzbar macht, greift Soziale Arbeit an Punkten ein, wo Menschen mit ihrer Umgebung interagieren. Grundlegende Prinzipien der Sozialen Arbeit sind Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit.“¹⁹

¹⁷ Ich bin nicht der erste, der das behauptet. Carol Meyer in den USA hat bereits vor mehreren Jahrzehnten darauf hingewiesen, dass eine progressive Entwicklung der Gesellschaft entsprechende Entwicklungen in der Sozialen Arbeit hervorbringt sowie umgekehrt (vgl. Staub-Bernasconi 2013, S. 1).

¹⁸ Busse/Ehlert/Scherer 2009, S. 308.

¹⁹ „The social work profession promotes social change, problem solving in human relationships and the empowerment and liberation of people to enhance well-being. Utilising theories of human behaviour and social systems, social work intervenes at the points where people interact with their

Diese Prinzipien, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit, sind per se gesellschaftlicher Natur. Soll dem Einzelnen Gerechtigkeit widerfahren, so wird dies am ehesten in einer gerecht – und dazu gehört: politisch möglichst egalitär und demokratisch – organisierten Gesellschaft gewährleistet werden können. Und soll die Einzelne ihre Menschenrechte genießen können, so ist dies ebenfalls am besten in einer entsprechend für alle mit gleichen Rechten verfassten Gesellschaft möglich.

Sind Sozialarbeiterinnen die besseren Politiker? So weit würde ich nicht gehen. Im politischen Leben führen oft taktische und strategische Geschicklichkeit zum Erfolg. Das ist häufig etwas für Juristinnen und Politologen. Manchmal erscheint die Berufspolitik wie ein Spiel oder wie Kriegführung.

Spitzenpolitiker inszenieren sich als Schachspieler, und die sie mehr oder weniger kritisch begleitenden Medien werten Politik oft nicht in erster Linie über ihren Inhalt, sondern über die Frage: Hat er oder sie sich hier taktisch klug verhalten, war diese oder jene Äußerung ein geschickter Zug – wie geschickt lavieren sie denn – Politik als Spiel und Politik als Performance. Erfolg misst sich hier erst an Umfragen, dann an Wählerstimmen und schließlich am Zugang zu möglichst machtvollen, gut dotierten Ämtern.

Was aber, wenn der Maßstab für erfolgreiche demokratische Politik ein ganz anderer ist? Etwa eine tatsächliche Verbesserung der Lebensbedingungen für breite Schichten der Gesellschaft, die Verringerung der Unterschiede zwischen Arm und Reich, Chancengleichheit in der Bildung von Anfang an, die Gleichberechtigung, Integration und Inklusion von Menschen in besonderen Lebenslagen und mit besonderen Schwierigkeiten, die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter, von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, ein entspanntes, zivilisiertes, gleichberechtigtes solidarisches demokratisches Zusammenleben auf allen Ebenen? Eine solche Zielstellung ist entweder direkt Aufgabe der Sozialen Arbeit in Bezug auf ihre AdressatInnen bzw. zum Teil direkt Voraussetzung für gelingende Sozialarbeit in und an der Gesellschaft. Dass sich mehr Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen politisch betätigen oder ich sage besser: demokratisch für diese Ziele engagieren, ist vor einer solchen Perspektive absolut wünschenswert – wenn sie dabei nicht die Bodenhaftung verlieren.

Ein Beispiel ist Herbert Wehner. Denn dieser war in jungen Jahren hauptamtlich – Sozialarbeiter (so würden wir es heute jedenfalls nennen). Er war von 1928 bis 1929 Leiter der Roten Hilfe Ostsachsens mit Büro in Dresden. Das war eine kommunistische Hilfsorganisation für Gefangene. In dieser Tätigkeit „betreute er Gefangene, organisierte Sach- und Geldspendensammlungen“²⁰ für die durch die Gefangenschaft (vor allem) der Väter und Ehemänner in Not geratenen Familien. Danach wurde Wehner schnell und im

environments. Principles of human rights and social justice are fundamental to social work.” (IFSW 2000).

²⁰ Meyer 2006, S. 40.

Ergebnis lebenslänglich Politiker. Aber der Zug zum Helfen, zur Unterstützung von Menschen in Not zieht sich durch sein ganzes weiteres Leben, wie bei kaum einem anderen Politiker. Wehner kämpfte gegen die Nazis; nach dem Krieg half er den politischen Gefangenen des Kommunismus; er setzte sich für die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion ebenso ein wie für Menschen, die aus der DDR ausreisen wollten oder mussten. Dieses Engagement fand meist im Verborgenen statt. Und es nützte Wehner für seinen politischen Erfolg wenig – im Gegenteil: Wenn es darum ging, Menschen zu helfen, kannte er keine taktischen Rücksichten. Das ging so weit, dass es infolgedessen 1973 sogar zur Zerrüttung seines persönlichen Verhältnisses zu Willy Brandt kam. (Aber diese Geschichte soll hier nicht weiter vertieft werden.)

Nun möchte ich niemandem hier das Berufspolitikertum direkt als persönliche Zielvorstellung empfehlen. Aber grundsätzlich würde ich es begrüßen, wenn mehr Menschen mit praktischer Lebenserfahrung in Mandaten und herausgehobenen Ämtern und Funktionen sind, darunter eben auch Vertreterinnen und Vertreter der Sozialen Arbeit.

Wozu ich hier ermutigen und – durch Beiträge zur Bildung – auch befähigen helfen möchte, ist: das Engagement von Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen in den Strukturen der demokratischen Zivilgesellschaft – vom Verein über die Initiative, die Selbsthilfegruppe bis hinein in Mitwirkungsgruppen und Interessenvertretungen aller Art. Das stärkt die Zivilgesellschaft ebenso wie die Rolle der Sozialen Arbeit in ihr.

3.2 Die Ermächtigung der Adressaten

Eine offene, demokratische, egalitär und solidarisch verfasste Gesellschaft ist im Interesse der Adressatinnen von Sozialer Arbeit. Aber zu deren Gelingen gehört nicht nur, etwas für die Menschen zu tun, sondern etwas mit ihnen zu tun. Ihnen helfen, handlungsfähig zu werden, ihre eigenen Interessen zu vertreten, sich selbst zu organisieren.

In den Berufsfeldern der Sozialen Arbeit geht es auch darum, die demokratische Mitwirkungskompetenz und die demokratische Gestaltungsmacht derjenigen zu stärken, um die es im engeren Sinne geht. Ziel ist: *empowerment*, die Ermächtigung der Adressatinnen und Adressaten, ihr Lebensumfeld möglichst umfassend selbst zu gestalten.

Das ist natürlich kein neuer Gedanke. Neben der Einzelfallhilfe und der Gruppenpädagogik gibt es in der Sozialen Arbeit schon seit dem 19. Jahrhundert die Methode der Gemeinwesenarbeit (community organization)²¹. Dabei geht es nicht nur darum, soziale Infrastrukturen von Gemeinwesen auf kommunaler Ebene auszubauen und zu verbessern, sondern dies gemeinsam mit den Betroffenen selbst zu tun bzw. diesen die Möglichkeit zu eröffnen, es selbst zu tun (community development, also zu deutsch Gemeinwesen-Entwicklung). Von diesem Grundgedanken sind wir hier in Sachsen gar nicht so weit weg. Schließlich soll ja, die Politik sagt es immer wieder, die Zivilgesellschaft gestärkt werden,

²¹ Vgl. Müller 1985, S. 37, sowie ders. 2009, S. 36ff.

insbesondere gegen den Rechtsextremismus. Das Ziel ist auch in Ordnung, nur die Instrumente sind unzureichend. Und schlimmer: Die Demokratieförderprogramme des Staates, auch in Sachsen, wirken auf mindestens zwei Ebenen kontraproduktiv: Zum ersten, indem sie meist nur kurzfristig angelegt sind, in Projektform – und daher stets prekär und bedroht sind, und zum zweiten indem der Staat selbst als Fördermittelgeber den inhaltlichen Rahmen von oben herab absteckt, zum Beispiel durch „Extremismusklauseln“, ein ausuferndes Berichtswesen und andere die Schere in den Köpfen der abhängig Betroffenen ansetzende Instrumente, seien es solche der Kontrolle oder – das ist oft nur ein abgeschwächter Begriff für dasselbe – der Evaluation²². Ein demokratisches Entwickeln von Zivilgesellschaft, ein echtes community development kann dagegen nicht von oben nach unten organisiert, sondern nur auf Grundlage der Selbstbestimmung funktionieren.

Zielführende Demokratieförderung hat ihre eigene Entprekariisierung zur Voraussetzung. Also verlässliche, dauerhafte institutionell gesicherte Finanzierung ohne staatlichen Eingriff in die Details der täglichen Arbeit. Kontrollen nicht als bürokratischer Regelbetrieb, sondern nur soweit es unerlässlich ist, um eine Zweckentfremdung von öffentlichen Geldern und eine inhaltliche Wendung gegen die Demokratie als solche auszuschließen.

Notwendig ist ein kritisches Herangehen an Gemeinwesen-Entwicklung. Ihr grundlegendes Ziel ist Gleichheit, ihre Werte sind Gegenseitigkeit, Wertschätzung, Vertrauen und Zusammenarbeit²³. An diesen Maßstäben ist die Arbeit von ihr selbst zu messen – und so tritt an die Seite der beiden Verpflichtungen im „Doppelmandat“ der Sozialen Arbeit (Hilfe und Kontrolle bzw. Adressateninteressen und Trägerinteressen) zwar kein Tripelmandat²⁴, aber doch ein drittes Moment: die Orientierung auf eine demokratische, sozial gerechte Gesellschaft im Kleinen wie im Großen. Lassen sich beide Seiten auf diese Perspektive ein, so wirkt dies im Konflikt vermittelnd, auch wenn letztlich unterschiedliche Interessen nicht zugekleistert werden können und sollen. Erst die Erreichung des Ziels einer gerechten Gesellschaft würde zur Überwindung des Antagonismus führen. Das ist zwar Utopie aber eben darum doch ein Leitbild, vor dessen Hintergrund sich selbstbestimmt und sinnerfüllt arbeiten ließe.

Ich verzichte darauf, jetzt im Einzelnen auszuführen, wie sich eine Demokratie fördernde und Demokratie praktizierende Soziale Arbeit in den einzelnen Berufsfeldern, in Kinder- und Jugendarbeit, in der Arbeit mit Erwachsenen sowie mit Seniorinnen und Senioren ins Werk setzen lässt. Ich behaupte aber, dass es in allen Bereichen Möglichkeiten dafür gibt beziehungsweise geben würde, wenn entsprechende gesellschaftliche und staatliche Widerstände überwunden werden.

²² Auch dies ist keine sächsische bzw. deutsche Spezialität – vgl. Ledwith 2007.

²³ Vgl. ebd.

²⁴ Bei Staub-Bernasconi 2013, S. 22 besteht die dritte Seite im Tripelmandat aus der Verpflichtung gegenüber der Profession Soziale Arbeit als solcher.

Zusammengefasst, kann die politische, demokratische Aufgabe der Sozialen Arbeit so gefasst werden, wie die Herleitung des Humanismus beim jungen Karl Marx endet: „(...) mit dem *kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“²⁵

3.3 Die Stärkung der Profession

Letzter Punkt:

Die Demokratie braucht die Soziale Arbeit. Soweit es der Gesellschaft weitgehend bewusst ist: Als Reparaturbetrieb und zur Erhaltung des sozialen Friedens. Ich meine dagegen: Als nicht nur reparierende, sondern die Gesellschaft in Frage stellende, verändernde Kraft. Und nicht zur Erhaltung des sozialen Friedens, sondern zur Herstellung sozialer Unruhe, die produktiv wirkt und dazu beiträgt, dass der soziale Frieden auf sozialem und demokratischem Ausgleich beruht.

Aus diesem Grund muss die Profession Soziale Arbeit selbst gestärkt werden – sich selbst stärken.

Dazu gehören Selbstbewusstsein und Mut, letztlich auch Engagement für die eigene soziale Absicherung, für weniger prekäre Beschäftigungsverhältnisse und mehr gut bezahlte Tätigkeiten.

Dazu trägt an sich schon unser Studiengang bei, indem wir Bachelor- und Masterabschlüsse vermitteln, welche bei manchen Arbeitgebern auch in Sachsen die Voraussetzung für bessere Bezahlung und bessere Jobs sind.

Dazu gehört aber nicht nur die für den Einzelnen und die Einzelne letztlich individuelle Qualifizierung für den Konkurrenzkampf (auch untereinander), sondern besonders der gemeinsame solidarische Einsatz für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen, finanziell wie qualitativ. Darum rate ich zur Selbstorganisation, zum Mitwirken in Mitbestimmungsorganen und Personalvertretungen, zur aktiven und engagierten Mitgliedschaft in Gewerkschaften, Verbänden, Initiativen der Sozialen Arbeit.

Denn die Erfahrung in Sachsen lehrt doch, selbst angesichts kleiner Wahlgeschenke jetzt wo der Termin der Landtagswahlen langsam näher rückt: Es kommt nicht alles Gute von oben. Von alleine werden die Arbeitgeber und die Regierenden die soziale Gerechtigkeit für die Soziale Arbeit nicht verwirklichen. Eher das Gegenteil.

Am Ende ist diese Antrittsvorlesung so eine Art Sonntagsrede geworden. Dagegen stehen der Alltag und die Realitäten im Lande. Die Bedingungen für eine Demokratie fördernde und Demokratie umsetzende Soziale Arbeit in Sachsen sind restriktiv. Aber es gibt doch zwei Dinge, die Hoffnung machen: Zum einen die unübersehbaren Spuren, welche die fünf

²⁵ Marx 1844, S. 385 (Hervorh. i. Orig.).

historischen Demokratieschübe auch in diesem Freistaat Sachsen hinterlassen haben: in der Gesellschaft selbst und in unseren Köpfen. Vielleicht sogar insbesondere der fünfte, die demokratisch-revolutionäre Perspektive von 1989. Denn die haben die meisten hier mit erlebt – und die Tatsache, dass es möglich ist, eine ganze verkrustete Gesellschaftsform umzuwerfen. Zum anderen gründet die Hoffnung in den Menschen, die hier an der Fakultät Soziale Arbeit arbeiten und studieren. Was ich in den letzten anderthalb Jahren erfahren habe: Die Studien- und Arbeitsbedingungen sind nicht die leichtesten. Am Ende müssen auch wir hier im Hochschulbetrieb im Sinne struktureller Vorgaben funktionieren, die wir nur begrenzt beeinflussen können. Aber es ist doch viel Engagement da, Gestaltungswille und Wille zur Solidarität. Solche Ansprüche sollten wir nicht aufgeben, sondern wo es geht, stabilisieren und stärken.

Das ist, wozu ich in den nächsten 20 Jahren beitragen möchte. Es ist zu merken: Ich komme aus der politischen und historischen Bildungsarbeit. Und: Über große Ziele reden ist vergleichsweise leicht. Sie im Alltag umzusetzen oder doch zumindest nicht aus dem Auge zu verlieren, wird schwer. Aber es gilt, das Beste daraus zu machen und es gilt – und jetzt kommt noch ein Zitat:

„Helfen. Und arbeiten. Und nicht verzweifeln.“

Das hat – natürlich – Herbert Wehner gesagt, als er 1964 gefragt wurde, was sein Lebensmotto sei. Und das passt jetzt, wie ich finde, genau hier her: „Helfen. Und arbeiten. Und nicht verzweifeln.“

4 Quellen und Literatur

Blasberg, Anita (2010): Der Dicke und die Demokraten (<http://www.zeit.de/2010/40/DOS-Anklam/komplettansicht>, verfügbar am 8.3.2013).

Borstel, Dierk (2012): Rechtsextremismus und Demokratieentwicklung in Ostdeutschland. Eine Zwischenbilanz nach zehn Jahren. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 10. Frankfurt am Main: edition suhrkamp, S. 246-260.

Busse, Stefan; Ehlert, Gudrun; Scherer, Wolfgang (2009): Zwanzig Jahre Professionalisierung in Ostdeutschland – das Personal der Sozialen Arbeit in Sachsen. In: Busse/Ehlert (Hrsg.): Soziale Arbeit und Region. Lebenslagen, Institutionen, Professionalität. Berlin: Rabenstück, S. 294-309.

Crouch, Colin (2004): Postdemokratie. In: Massing, Peter; Breit, Gotthard; Buchstein, Hubertus (Hrsg.) (2011): Demokratietheorien. Von der Antike bis zur Gegenwart. Texte und Interpretationshilfen. Bonn: bpb-Schriftenreihe 1188, S. 323f.

Decker, Oliver; Weißmann, Marliese; Kiess, Johannes u.a. (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Düding, Dieter; Friedemann, Peter; Münch, Paul (Hrsg.) (1988): Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg. Reinbek bei Hamburg:rororo.

- Frick, Joachim; Grabka, Markus (2009): Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. In: Wochenbericht des DIW Berlin, Nr. 4/2009, S. 54-67.
- Herder Lexikon Politik (1988). 5. aktual. Aufl. Freiburg - Basel - Wien: Herder.
- IFSW (2000): Definition of Social Work (<http://ifsw.org/policies/>, verfügbar am 10.3.2013).
- Ledwith, Margaret (2007): Reclaiming the radical agenda: a critical approach to community development. Concept Vol.17, No.2, 2007, S. 8-12. Reproduced in the encyclopaedia of informal education. (www.infed.org/community/critical_community_development.htm, verfügbar am 16.3.2013).
- Leser, Christoph (2011): Demokratie-Lernen durch Partizipation? Fallrekonstruktive Analysen zur Partizipation als pädagogischer Praxis. Pädagogische Fallanthologie, Band 11. Opladen, Berlin & Farmington Hills: Barbara Budrich.
- Marx, Karl (1844): Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung. In: Ders.; Engels, Friedrich (1956): Werke. Band 1. Berlin: Dietz, S. 378-391.
- Melzer, Wolfgang; Dümmler, Kerstin (2007): Politische Bildungsarbeit an sächsischen Schulen. Eine Bestandsaufnahme, hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Dresden. Dresden: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Meyer, Christoph (2006): Herbert Wehner. Biographie. München: dtv.
- Meyer, Christoph (2011): Netzwerke ohne Fische? Ostdeutsche Perspektiven der Demokratie. In: Hron, Ralf; Keßler, Ilko; Kost, Klaus u.a. (Hrsg.): Netzwerke der Mitbestimmung - Beteiligung jenseits der Alltagsnorm. Das Betriebs- und Personalrätenetzwerk "Canaletto" und die Notwendigkeit der Umsetzung mitbestimmter Netzwerke. Marburg: Schüren, S. 144-159.
- Müller, C. Wolfgang (1985): Soziale Arbeit und ihre Berufe. In: Ders. (Hrsg.): Einführung in die Soziale Arbeit. Weinheim und Basel: Beltz, S. 9-46.
- Müller, C. Wolfgang (2009): Wie Helfen zum Beruf wurde. Eine Methodengeschichte der Sozialen Arbeit. 5. Aufl. Weinheim und München: Juventa.
- Richter, Helmut (2011): Demokratie. In: Otto, Hans-Uwe; Thiersch, Hans (Hrsg.): Handbuch Soziale Arbeit, 4., völlig neu bearb. Aufl., München Basel: Reinhardt, S. 228-236.
- Rudolph, Karsten (1995): Die sächsische Sozialdemokratie vom Kaiserreich zur Republik (1871-1923). Weimar, Köln: Böhlau (Demokratische Bewegungen in Mitteldeutschland, Bd. 1).
- Staub-Bernasconi, Silvia: Soziale Arbeit (2013): Dienstleistung oder Menschenrechtsprofession? Zum Selbstverständnis Sozialer Arbeit in Deutschland mit einem Seitenblick auf die internationale Diskussionslandschaft (http://www.zpsa.de/pdf/artikel_vortraege/StaubBEthiklexikonUTB.pdf, verfügbar am 14.3.2013), S. 1-45.
- Wehner, Greta (2004): Erfahrungen. Aus einem Leben mitten in der Politik. Hrsg. von Christoph Meyer für die Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung. Dresden: edition SZ.